

Fragen

für die Fragestunde der 36. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 18. Mai 2022

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	46, 47	Kaufmann, Michael, Dr. (AfD)	10
Albani, Stephan (CDU/CSU)	15, 16	Kippels, Georg, Dr. (CDU/CSU)	23, 24
Altenkamp, Norbert Maria (CDU/CSU)	12, 58	Klein, Volkmar (CDU/CSU)	21, 22
Amthor, Philipp (CDU/CSU)	31	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	13, 54
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 28	Lay, Caren (DIE LINKE.)	30
Brandner, Stephan (AfD)	3, 4	Leye, Christian (DIE LINKE.)	43
Breher, Silvia (CDU/CSU)	38, 39	Pellmann, Sören (DIE LINKE.)	55
Bünger, Clara (DIE LINKE.)	48, 49	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	5, 6
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	36, 37	Pilsinger, Stephan (CDU/CSU)	56, 57
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	40, 51	Renner, Martina (DIE LINKE.)	44, 53
Frömming, Götz, Dr. (AfD)	1, 2	Rohwer, Lars (CDU/CSU)	11, 27
Görke, Christian (DIE LINKE.)	41, 42	Spahn, Jens (CDU/CSU)	32, 33
Gräßle, Ingeborg, Dr. (CDU/CSU)	14	Spaniel, Dirk, Dr. (AfD)	52
Heil, Mechthild (CDU/CSU)	25	Staffler, Katrin (CDU/CSU)	8, 9
Huber, Johannes (fraktionslos)	34, 45	Steiniger, Johannes (CDU/CSU)	29
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	35, 50	Zeulner, Emmi (CDU/CSU)	26
Jarzombek, Thomas (CDU/CSU)	17, 18	Zippelius, Nicolas (CDU/CSU)	19, 20

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	8
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und Bundeskanzleramts	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ..	12
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	17

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

1. Abgeordneter
Dr. Götz Frömming
(AfD) Welche Mittel will die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode für Bildungs- und Forschungsprojekte zum Linksextremismus zur Verfügung stellen, und ist geplant, dass nicht nur Ursachen und Folgen ermittelt, sondern auch Handlungsempfehlungen und Maßnahmen für Politik, (Sicherheits-)Behörden sowie (Zivil-)Gesellschaft erarbeitet werden?
2. Abgeordneter
Dr. Götz Frömming
(AfD) Was plant die Bundesregierung in der aktuellen Legislaturperiode, um die Benachteiligung von Jungen im deutschen Bildungssystem in den vergangenen 20 Jahren zu korrigieren, und welche Mittel sollen hierfür ggf. bereitgestellt werden?
3. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Wie bewertet die Bundesministerin für Bildung und Forschung die Tatsache, dass in ihrem Haus an einer Studie gearbeitet wurde, in welcher eines von sechs Zukunftsszenarien die Einführung eines Sozialpunktesystems nach chinesischem Vorbild empfiehlt (www.tichyseinblick.de/daily-essentials/bildungsministerium-chinesisches-sozialpunktesystem-fuer-deutschland/)?
4. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Wie reagiert die Bundesministerin für Bildung und Forschung auf die Kritik der ukrainischen Generalkonsulin an der Einrichtung von Willkommensklassen zur Beschulung ukrainischer Kinder, die sie mit deutlicher Kritik am deutschen Bildungssystem verbindet, das weniger intensiv sei und niedrigere Anforderungen habe als das ukrainische (www.tagesspiegel.de/wissen/flucht-nachberlin-die-ukraine-will-keine-schulische-integration-in-deutschland/28169516.html)?
5. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD) Inwieweit gedenkt die Bundesministerin für Bildung und Forschung Maßnahmen voranzubringen, um das selbst ausgegebene Ziel umzusetzen, geflüchteten ukrainischen Mädchen und Jungen schon ab dem Kleinkindalter einen ersten Zugang zur deutschen Sprache zu ermöglichen, insbesondere vor dem Hintergrund des generellen Problems des Lehrkräftemangels ([hasepost.de vom 26. April 2022](http://hasepost.de/stark-watzinger-sichert-ukrainischen-kindern-hilfen-zu-304496/) – www.hasepost.de/stark-watzinger-sichert-ukrainischen-kindern-hilfen-zu-304496/ und [www.zdf.de vom 14. April 2022](http://www.zdf.de/nachrichten/politik/lehrer-fluechtlinge-integrationschule-prien-ukraine-100.html) – www.zdf.de/nachrichten/politik/lehrer-fluechtlinge-integrationschule-prien-ukraine-100.html, jeweils zuletzt abgerufen am 12. Mai 2022)?

6. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Anhand welcher konkreten Kriterien wird der Erfolg oder Misserfolg des sogenannten Corona-Aufholprogramms für Schüler gemessen, welches durch die Bundesregierung mit 2 Mrd. Euro für die Jahre 2021 und 2022 aufgelegt wurde (vgl. dazu Süddeutsche Zeitung vom 10. Mai 2022 – www.sueddeutsche.de/politik/aufholprogramm-schulen-coronazwischenbericht1.5582140, zuletzt abgerufen am 12. Mai 2022)?
7. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie unterstützt die Bundesregierung die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen in Deutschland für Geflüchtete aus verschiedenen Herkunftsländern, ähnlich den geflüchteten Menschen aus der Ukraine (www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/faq/informationen-fuer-gefluechtete-ukraine.html)?
8. Abgeordnete
Katrin Staffler
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung die Berufsorientierung zu stärken, und falls ja, mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung Angebote zur Berufsorientierung in allen Bildungssektoren und Leistungsstufen schaffen?
9. Abgeordnete
Katrin Staffler
(CDU/CSU)
- Was unternimmt und plant die Bundesregierung im Bereich der Forschung, um einen Beitrag bei der Förderung von wichtigen Zukunftstechnologien, wie z. B. von Quantencomputern oder Künstliche Intelligenz, in Europa zu leisten?
10. Abgeordneter
Dr. Michael Kaufmann
(AfD)
- Welche Rolle spielt für die Bundesregierung in der mittelfristigen Planung die intensiverte Forschung auf dem Gebiet der Kernfusion, angesichts der Tatsache, dass insbesondere in den USA in jüngster Zeit bedeutende Fortschritte im Hinblick auf eine Netto-Energieerzeugung erzielt wurden, während von den 31 auf der Seite www.fusionenergybase.com gelisteten Unternehmen, die an der wirtschaftlichen Nutzung der Kernfusion arbeiten, nur ein einziges in Deutschland beheimatet ist, und teilt die Bundesregierung meine Einschätzung, dass die Kernfusion perspektivisch einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgung leisten wird?
11. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- In welche Höhe plant das Bundesministerium für Bildung und Forschung, den 43 Mrd. Euro umfassenden European Chips Act, der auf EU-Ebene nur mit rund 5,5 Mrd. Euro gefördert wird, mit nationalen finanziellen Mitteln zu untersetzen?

12. Abgeordneter
Norbert Maria Altenkamp
(CDU/CSU)
- Mit welchen Maßnahmen will das Bundesministerium für Bildung und Forschung, angesichts der wachsenden Herausforderungen bei der Cybersicherheit und der Empfehlungen der CISA – Helmholtz-Zentrum für Informationssicherheit gGmbH die IT-Sicherheitsforschung auf neue Herausforderungen ausrichten und dabei insbesondere stärker mit KI-Technologien (KI: Künstliche Intelligenz) und mit Quantentechnologien verknüpfen?
13. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Wie viele Cyberangriffe gab es nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2022 auf deutsche Universitäten und bundeseigene Forschungseinrichtungen, und von welchen Akteuren gingen diese vorwiegend aus (www.br.de/nachrichten/bayern/ein-monat-nach-cyberangriff-auswirkungen-auf-thaschaffenburg, T4GvcLE)?
14. Abgeordnete
Dr. Ingeborg Gräble
(CDU/CSU)
- Welche Projekte im 8. und 9 EU-Forschungsrahmenprogramm stuft die Bundesregierung als wissenschaftlich bahnbrechend und besonders wichtig für den Forschungsstandort Deutschland ein?
15. Abgeordneter
Stephan Albani
(CDU/CSU)
- Welche Bedeutung hat die regionale Förderkomponente im Rahmen der Deutschen Agentur für Transfer und Innovation (DATI), und wie will die Bundesregierung eine Beteiligung überregionaler Innovationsnetzwerke großer Universitäten verhindern?
16. Abgeordneter
Stephan Albani
(CDU/CSU)
- Wie sollen bestehende Kooperationen zwischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAWs) und AU-Einrichtungen (außeruniversitäre Einrichtungen, z. B. Fraunhofer) daran gehindert werden, Mittel der Deutschen Agentur für Transfer und Innovationen (DATI) zu akquirieren, und welche Rolle wird wissenschaftliche Exzellenz im Rahmen der DATI spielen, wenn die Bundesregierung große Einrichtungen der Forschungs- und Transferstruktur (Universitäten, Fraunhofer etc.) von der Antragstellung ausschließt und die Auswahl von Projekten regionalen Akteuren und Regionalcoaches überlässt (vgl. Eckpunktepapier der Bundesregierung zur DATI)?
17. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Bleiben die für die Förderung von Fachhochschulen vorgesehenen Mittel im Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in voller Höhe in den nächsten Jahren erhalten?

18. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung seit dem Regierungswechsel zur Beschleunigung des DigitalPaktes Schule bis heute umgesetzt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

19. Abgeordneter
Nicolas Zippelius
(CDU/CSU)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Damm-Initiativen der Volksrepublik China und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Mekong-Region im Kontext der entwicklungspolitischen Projektaktivitäten der Bundesregierung, wie der Konsolidierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beim Wassermanagement im unteren Mekong-Einzugsgebiet?
20. Abgeordneter
Nicolas Zippelius
(CDU/CSU)
- Warum stellt die Bundesregierung trotz des Postulats einer feministischen Entwicklungspolitik und trotz der Feststellung der Parlamentarischen Staatssekretärin Dr. Bärbel Kofler, dass die Global Financing Facility (GFF) „ein von Gebern und Partnern sehr wirksames und geschätztes Instrument im Bereich der Mutter-Kind-Gesundheit und reproduktiven und sexuellen Rechte und Gesundheit“ (vgl. Antwort zu Frage 39, S. 99, Plenarprotokoll 20/30) sei, im Haushaltsjahr 2022 keine Mittel für die GFF bereit, obschon auch zahlreiche Organisationen der Zivilgesellschaft wie die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung, Global Citizens, ONE Deutschland, Save the Children Deutschland und World Vision Deutschland fordern, 100 Mio. Euro für die Jahre 2022 bis 2023 der GFF bereitzustellen (vgl. Offener Brief von Nichtregierungsorganisationen zur GFF vom 13. April 2022)?
21. Abgeordneter
Volkmar Klein
(CDU/CSU)
- Warum hält die Bundesregierung trotz der Feststellung der Parlamentarischen Staatssekretärin Dr. Bärbel Kofler, „dass der Global Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) als weltweit bedeutendster Financier von Programmen zur Bekämpfung der drei benannten Krankheiten ein sehr wirksames und von Gebern und Partnern geschätztes Instrument“ sei, an der Kürzung der Verpflichtungsermächtigung zugunsten des Fonds um fast 40 Prozent fest (entgegen der Zusage von 1 Mrd. Euro in Lyon) ab 2023?

22. Abgeordneter
Volkmar Klein
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Dreieckskooperationen, um die Klima- und Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, hat die Bundesregierung hinsichtlich der bei den deutsch-indischen Regierungskonsultationen erzielten Vereinbarung (www.bmz.de/aktuelles/aktuelle-meldungen/deutsch-indische-regierungskonsultationen-108384) im Blick, und welche Mittel sollen hierfür in dieser Legislaturperiode zur Verfügung gestellt werden?
23. Abgeordneter
Dr. Georg Kippels
(CDU/CSU)
- Mit welchen Schwerpunkten (bitte unter Angabe des Zeitplans) plant die Bundesregierung den von der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Svenja Schulze angekündigten Genderaktionsplan (www.bmz.de/de/aktuelles/reden/ministerin-svenja-schulze/220217-rede-bundstag-104408), und inwieweit fließen in diesen Aktionsplan die Erkenntnisse aus dem unter der Vorgängerregierung umgesetzten Entwicklungspolitischen Aktionsplan zur Gleichberechtigung der Geschlechter 2016 bis 2020 (www.bmz.de/resource/blob/23528/2cad813f0ef968033dae449ae274f6ed/strategiepapier361-02-2016-dat a.pdf) und dessen Auswertung vom November 2021 (www.bmz.de/de/aktuelles/publikationen) ein?
24. Abgeordneter
Dr. Georg Kippels
(CDU/CSU)
- Wie wird die Bundesregierung insbesondere die im Rahmen des zum 25. Jubiläum der Pekinger Aktionsplattform und zur Verwirklichung des SDG 5 (Geschlechtergleichheit) ins Leben gerufene „Generation Equality Prozesses“ übernommene führende Rolle im Aktionsbündnis „Wirtschaftliche Gerechtigkeit und Rechte“ fortführen, dessen Schwerpunkte u. a. die gerechte Aufteilung der Sorgearbeit, Förderung von Unternehmerinnen, Mädchenbildung, Landrechte und Sorgfaltspflichten in internationalen Lieferketten sind, und wofür die Bundesregierung auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs im Juni 2021 internationale Zusagen im Umfang von 240 Mio. Euro getätigt hat?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen**

25. Abgeordnete
Mechthild Heil
(CDU/CSU)
- Ist aus Sicht der Bundesregierung die Antragstellung und Finanzierung des Baukindergeldes für fristgemäß bis zum 31. März 2021 genehmigte Neubauten von Familienhäusern bis Ende 2023 sichergestellt, so dass Familien, deren Häuser aktuell im Bau sind, auf diesen Pfeiler ihrer Baufinanzierung nach dem Einzug vertrauen können?
26. Abgeordnete
Emmi Zeulner
(CDU/CSU)
- Mit welcher Zahl von Familien, die bis zum 31. März 2021 eine Baugenehmigung für ihr Familienheim erhalten haben und, nach Fertigstellung ihres Hauses und Einzug, bis zum 31. Dezember 2023 noch einen Antrag auf Baukindergeld stellen wollen (dies also bisher noch nicht getan haben), rechnet die Bundesregierung?
27. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Wie schätzt das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) die Auswirkungen der Umsetzung der EU-Taxonomie auf die Architektur- und Ingenieurbüros, das Bauhandwerk und die Bauindustrie ein (finanziell, wirtschaftlich, nachhaltig und zeitlich), und was unternimmt das BMWSB (auch in Richtung Europäische Union) konkret, um diese Auswirkungen zu gestalten?
28. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung das Versprechen aus dem Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, durch den Bau von 400 000 Wohnungen pro Jahr der Knappheit an bezahlbarem Wohnraum entgegenzutreten, angesichts der in den letzten Monaten extrem gestiegenen Baupreise noch für realistisch (www.focus.de/immobilien/bauen/holz-stahl-beton-baustoffe-bis-zu-77-prozent-teurer-baupreise-steigen-so-stark-wie-noch-nie_id_51811113.html)?
29. Abgeordneter
Johannes Steiniger
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung eine Förderung vergleichbar mit dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ aufzulegen, und wenn ja, wann werden das Parlament und mögliche Antragsteller darüber informiert?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
Bundeskanzleramts**

30. Abgeordnete
Caren Lay
(DIE LINKE.)
- Welche Förderkriterien enthalten die Förderrichtlinien des am 24. Juni 2021 vom Deutschen Bundestag beschlossenen Programms „Industriekultur in Deutschland gezielt fördern“ mit einem Rahmen von 50 Mio. Euro/Jahr zur Förderung investiver Maßnahmen im Bereich der Kultur- und Denkmalpflege der Industriekultur (Bundestagsdrucksache 19/30982), und welche konkreten Maßnahmen werden 2022 im Rahmen dieses Programms gefördert?
31. Abgeordneter
Philipp Amthor
(CDU/CSU)
- Welche tatsächlichen Annahmen über die bisherige Dauer von Verwaltungs-, Planungs- und Genehmigungsverfahren legt Bundeskanzler Olaf Scholz als „Bemessungsgrundlage“ zugrunde, um die Erreichung des in seiner Rede beim Spatenstich zum Bau des „Neuen Werks Cottbus“ der Deutschen Bahn AG am 10. Mai 2022 in Cottbus formulierten Ziels, „Zukunftsprojekte auf den Gebieten Energie, Infrastruktur, Bau und Umweltrecht [...] künftig in der Hälfte der Zeit [zu] planen und [zu] genehmigen“ (siehe Bulletin der Bundesregierung Nr. 58-1 vom 10. Mai 2022, S. 3), messbar einzuhalten, und in welcher Zeit soll dieses Ziel erreicht werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Klimaschutz**

32. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung jeweils aus den Forderungen des Verbands der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK) (siehe Tagesspiegel Background Energie & Klima vom 9. Mai 2022), erstens weitere Stilllegungsaktionen für Steinkohle und die gesetzlich festgelegte Stilllegung von Braunkohlekraftwerken aufzuschieben sowie zweitens sämtlichen in Reserve befindlichen nicht erdgasbasierten Kraftwerken die Möglichkeit zur Vermarktung ihrer Kapazitäten zu ermöglichen?

33. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Ist die von Bundesministerin Annalena Baerbock bei ihrer Reise in die Ukraine am 10. Mai 2022 getätigte Aussage – „Deshalb reduzieren wir mit aller Konsequenz unsere Abhängigkeit von russischer Energie auf null – und zwar für immer.“ – insbesondere in Bezug auf das Ende von Energieimporten aus Russland „für immer“, die einvernehmliche Haltung der Bundesregierung?
34. Abgeordneter
Johannes Huber
(fraktionslos)
- Zieht die Bundesregierung eine Umkehrung – wie vorgeschlagen (www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/falls-russland-das-gas-stoppt-moegliche-folgen-in-deutschland,T4JnnRb) durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats des Energiekonzerns E.ON, Karl-Ludwig Kley – der Verteilung von Gas, im Falle eines eintretenden Mangels (www.tagesspiegel.de/politik/gasversorgung-in-deutschland-gewaehrleistet-ukraine-sucht-laut-habeck-nach-neuen-wegen-fuer-gas-transit/28323778.html), durch die Bundesnetzagentur zugunsten der Ausrechterhaltung kritischer Bereiche der deutschen Wirtschaft in Erwägung, und falls ja, wie würde die Priorisierung der Betroffenen vorgenommen werden?
35. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Vereinbarungen oder Absprachen (bitte Details nennen) wurden zwischen der Bunderepublik Deutschland und Kolumbien über Kohlelieferungen getroffen (www.tagesschau.de/wirtschaft/technologie/kohle-kolumbien-tagebau-103.html), und wie hat die Bundesregierung auf die Proteste in Kolumbien gegen die Ausweitung der Kohleproduktion, unter anderem im wegen der Verletzung der Rechte der indigenen Bevölkerung in der Kritik stehenden Tagebau „El Cerrejón“ („164 Organizations from 28 countries call for an end to extractivist activities“, www.unidosporlapaz.de/post/165-organizations-from-28-countries-call-for-an-end-to-extractivist-activities), um die deutsche Nachfrage zu decken, reagiert?
36. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU)
- Warum werden durch die Bundesregierung und nachgeordnete Behörden in der Branche der Schausteller verwandtschaftliche Beziehungen, z. B. zwischen wirtschaftlich nachweisbar vollkommen selbständig agierendem Großvater, Vater, Sohn mit „verbundenen Unternehmen“ i.S.d. Beihilferechts gleichgesetzt, obwohl dies laut EU-KMU-Leitfaden gar nicht der Fall ist?

37. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU)
- Wie bringt das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) sein Vorgehen bei der Beantragung von Beihilfen in Bezug auf rein verwandtschaftliche Verhältnisse mit dem KMU-Leitfaden der europäischen Union überein, obwohl dieser nur von Gesellschaften und Beteiligungsverhältnissen, nicht aber von natürlichen Personen spricht?
38. Abgeordnete
Silvia Breher
(CDU/CSU)
- Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Bedingungen für den Erhalt von Corona-Überbrückungshilfen in der Branche der Schausteller in Bezug auf die Identifizierung von verbundenen Unternehmen, dass das an sich entscheidende Merkmal wechselseitiger Beherrschung (z. B. durch Vertrag, Stimmanteile, Mehrheitsverhältnisse) allein schon durch genetische Abstammung als erfüllt angesehen wird, und mit welcher Begründung?
39. Abgeordnete
Silvia Breher
(CDU/CSU)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung, vor dem Hintergrund der Bedingungen für Corona-Überbrückungshilfen, in der Frage, wie es möglich sein kann, dass eine natürliche Person als Rechtsperson von einer anderen natürlichen Person beihilferechtlich „beherrscht“ wird, und mit welcher Begründung?
40. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Worin bestehen in Bezug auf das Endbestimmungsland Ukraine die besonderen Sicherheitsanforderungen (Schreiben des Staatssekretärs im BMWK Sven Giegold an mich vom 28. April 2022), und inwiefern rechtfertigen sie nach Auffassung der Bundesregierung eine Einschränkung der parlamentarischen Unterrichtung auf Abgeordnete, die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses, Verteidigungs- oder Wirtschaftsausschusses sind und zur Einsicht in die als GEHEIM eingestuftten Übersichten berechtigt sind, insbesondere im Hinblick auf die Statusrechte der Abgeordneten einschließlich des Grundsatzes der öffentlichen Kontrolle (bitte substantiiert begründen und nicht lediglich pauschal auf Staatswohl- und Sicherheitserwägungen verweisen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

41. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Erwägt die Bundesregierung nach der erfolgten Änderung der Mehrwertsteuersystemrichtlinie, den Nullsatz für die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel einzuführen, und wenn ja, liegen der Bundesregierung Berechnungen dazu vor, mit welchen Steuer-Mindereinnahmen für die Jahre 2022, 2023, 2024 und 2025 zu rechnen wäre, wenn der Nullsatz der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel (gemeint sind alle Lebensmittel, für die heute schon der ermäßigte Satz gilt) eingeführt würde (falls keine Daten vorhanden sind, wird um Schätzungen gebeten, siehe etwa Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.562886.de/17-31-1.pdf)?
42. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen zur Gegenfinanzierung einer etwaigen Soli-Abschaffung, wie von Bundesfinanzminister Christian Lindner bei der Vorstellung der Steuerschätzung am 12. Mai 2022 erwähnt, zieht die Bundesregierung in Erwägung (www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Service/LiveStream/livestream.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat

43. Abgeordneter
Christian Leye
(DIE LINKE.)
- Hat das Bundesamt für Verfassungsschutz in seinem Zuständigkeitsbereich jemals im Zusammenhang mit der Wirecard AG Maßnahmen zur Abwehr von Auslandsspionage ergriffen?
44. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wie viele, der dem Unterthemenfeld „Geschlecht/ Sexuelle Identität“ im Jahr 2021 zugeordneten 340 Fälle Politisch motivierter Kriminalität entsprechen nach Kenntnis der Bundesregierung dem zum 1. Januar 2022 neu eingeführten Unterthemenfeld „Männerfeindlich“ im Themenfeldkatalog des Kriminalpolizeilichen Meldedienst – Politisch motivierte Kriminalität?

45. Abgeordneter
Johannes Huber
(fraktionslos)
- Wie viele erfolgreich vollzogene Abschiebungen gab es bisher im laufenden Jahr 2022 in Deutschland, und in wie vielen Fällen wurde eine Abschiebung durch das Einwirken der abzuschiedenden Person oder unberechtigter Dritter (https://rp-online.de/politik/deutschland/verhinderte-abschiebung-in-ellwangen-der-rechtsstaat-darf-nicht-kapitulieren_aid-22348769 sowie www.berlin.de/aktuelles/berlin/5970671-958092-polizeigewerkschaft-jede-vierte-abschieb.html) verhindert?
46. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Auf welcher Rechtsgrundlage werden beim Bundesverwaltungsamt gespeicherte Daten zu Mitgliedern kurdischer Vereine an das Bundesamt für Verfassungsschutz bzw. das Bundeskriminalamt im Wege der Spontanübermittlung übermittelt (vgl. Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 6 und 7 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Diskriminierung von Migranten-selbstorganisationen im Vereinsrecht“, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/015/2001565.pdf>), und welchen konkreten Inhalt – insbesondere in Bezug auf Verfahren und Zuständigkeiten – hat der für die kurdischen Vereine maßgebliche Erlass des Bundesministerium des Innern von 1994 (vgl. Antwort des Parlamentarischer Staatssekretärs Stephan Mayer auf die Mündliche Frage 43 des Abgeordneten Dr. André Hahn (DIE LINKE.), <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19114.pdf>)?
47. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Welche positiven Veränderungen sprechen nach Ansicht der Bundesregierung dafür, das 1993 vom damaligen Bundesinnenminister Manfred Kanther verfügte Vereins- und Betätigungsverbot für die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in Deutschland aufgrund des am 11. Mai 2022 eingereichten Antrags aufzuheben bzw. neu zu bewerten (vgl. www.heise.de/tp/features/Anwaelte-beantragen-Aufhebung-des-PKK-Verbots-7088942.html), und inwiefern spielen Rücksichtnahmen in den deutsch-türkischen Beziehungen eine Rolle für ihre Entscheidung (vgl. [https://plus/tagesspiegel.de/politik/die-macht-der-turkei-in-der-bundesrepublik-wie-die-pkk-in-deutschland-legal-werden-will-475488.html](https://plus.tagesspiegel.de/politik/die-macht-der-turkei-in-der-bundesrepublik-wie-die-pkk-in-deutschland-legal-werden-will-475488.html))?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

48. Abgeordnete
Clara Büniger
(DIE LINKE.)
- Wieso ist die Bundesregierung nicht bereit, eine begrenzte Gruppe von 70 bis 80 Afghaninnen und Afghanen aufzunehmen, die in Afghanistan in großer Gefahr sind, weil sie im Sommer 2021 ihre eigene Sicherheit und ihre Existenz aufs Spiel gesetzt haben, um gefährdete Ortskräfte der Bundesregierung bzw. deutscher Institutionen in ihren Häusern vor den Taliban zu verstecken und die nach meiner Ansicht mit ihrem mutigen Handeln ein Versäumnis der Bundesregierung ausgeglichen haben, die die betreffenden Personen nicht rechtzeitig evakuiert hat (www.zdf.de/nachrichten/politik/afghanistan-helfer-ortskraefte-taliban-ka-bul-safe-houses-100.html, vgl. Absageschreiben des Auswärtigen Amts an mich vom 10. Mai 2022), und wie ist dies mit der Aussage von Außenministerin Annalena Baerbock in der Regierungsbefragung am 27. April 2022 zu vereinbaren, man wolle § 22 Satz 2 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) künftig stärker anwenden als in der Vergangenheit und es reiche nicht aus, nur auf die Listen zu schauen, weil viele, die in Afghanistan jetzt bedroht seien, noch nicht auf den Listen stehen würden und man solche Personen über § 22 Satz 2 AufenthG zusätzlich aus Afghanistan rausholen müsse (Plenarprotokoll 20/30, S. 23 bis 24)?
49. Abgeordnete
Clara Büniger
(DIE LINKE.)
- Welche Handlungsmöglichkeiten zur Beschleunigung und Vereinfachung der Visumsverfahren sieht die Bundesregierung für afghanische Staatsangehörige, die im Wege des Familiennachzugs zu ihrer Angehörigen in Deutschland nachziehen wollen und bei denen es sich meiner Kenntnis nach meist um Frauen handelt, die in der Region besonderen Gefahren und Beschränkungen ausgesetzt sind, insbesondere nach der Machtübernahme durch die Taliban, vor dem Hintergrund, dass nach meiner Kenntnis Warte- und Bearbeitungszeiten oft Jahre dauern, Indien an afghanische Staatsangehörige keine Visa mehr erteilt und der Aufenthalt im Iran für afghanische Staatsangehörige mit hohen Kosten und Gefahren verbunden ist, weil sie dort zunehmend angefeindet, diskriminiert und misshandelt werden (bitte darlegen), und welche Angaben kann die Bundesregierung zur aktuellen Situation der Visavergabe im Rahmen des Familiennachzugs aus Afghanistan machen (z. B. aktuelle Wartezeiten auf einen Termin in Neu Delhi und Islamabad, Anzahl der Personen auf diesen Wartelisten)?

50. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Schritte unternimmt die Bundesregierung, um einer Schwächung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und der Europäischen Menschenrechtskonvention, wie durch die geplante Reform des britischen Human Rights Act (<http://committees.parliament.uk/committee/93/human-rights-joint-committee/news/165379/human-rights-act-reforms-would-weaken-human-rights-protections-in-the-uk/>) und auch durch die Nichtumsetzung der Urteile durch die Türkei und Russland, entgegenzutreten und den Gerichtshof zu stärken?
51. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus ukrainischen Presseberichten, nach denen der Besuch des britischen Premierministers Boris Johnson bei Präsident Selenskyj in der Ukraine am 9. April 2022 das maßgebliche „Hindernis“ gewesen sei, neben den Berichten über Kriegsverbrechen in Butscha, für die Fortsetzung von Verhandlungen mit Russland (www.pravda.com.ua/eng/news/2022/05/5/7344206/), und inwieweit war seine Intervention bei Selenskyj, keinerlei Zugeständnisse gegenüber Russland zu machen (www.theguardian.com/commentisfree/2022/apr/28/liz-truss-ukraine-war-russia-conservative-power), innerhalb der NATO vorab abgestimmt, vor dem Hintergrund, dass die NATO sich zuvor auf die Strategie festlegte, die Fortsetzung des Krieges gegenüber einem Waffenstillstand und einer Verhandlungslösung zu bevorzugen (www.washingtonpost.com/national-security/2022/04/05/ukraine-nato-russia-limits-peace/)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

52. Abgeordneter
Dr. Dirk Spaniel
(AfD)
- Wie steht die Bundesregierung zur Nutzung der Luftwaffe durch die Verteidigungsministerin und private Dritte und zur Wahl des Besuchsortes in der Nähe des anschließenden Urlaubsortes (www.n-tv.de/politik/Lambrecht-wirbt-um-Verstaendnis-Zeit-mit-Sohn-article23325161.html)?

53. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- In wie vielen Fällen hat das Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst (BAMAD) bzw. der Militärische Abschirmdienst (MAD) seit 2019 Kenntnis von Sachverhalten, die einen Bezug zum Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. (VdRBw e. V.) aufweisen oder Hinweise auf Reservisten geben könnten auch aufgrund von Presseanfragen bzw. -berichterstattung wie seitens der Frankfurter Rundschau am 29. April 2022 unter dem Titel „Nordhessen: Ein AfD-Rechtsaußen führt die Reservisten der Bundeswehr an“ (www.fr.de/rhein-main/in-nordhessen-n-fuehrt-ein-afd-rechtsaussen-reservisten-der-bundeswehr-an-91511306.html) wie auf Bundestagsdrucksache 19/2036 angegeben an das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) übermittelt, und in wie vielen derlei Fällen verblieb die Zuständigkeit beim BAMAD bzw. MAD?
54. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Wie viele Bundeswehrstandorte haben einen direkten Anschluss an das Streckennetz der Deutschen Bahn, und wie wird sich dieser Zustand perspektivisch verändern (www.railways.tu-berlin.de/fileadmin/fg98/papers/2019/ETR_6_19_Schneider_FA.pdf)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

55. Abgeordneter
Sören Pellmann
(DIE LINKE.)
- Aus welchen Gründen befand sich ein Gesetzentwurf zur Ex-Post-Triage laut eines Sprechers des Bundesministerium für Gesundheit (BMG) in Ressortabstimmung (vgl. www.tagesspiegel.de/politik/abbruch-der-beatmung-triage-gesetzesvorschlag-beinhaltet-medizinischen-tabubruch/28313630.html), obwohl der Bundesgesundheitsminister den Abbruch der medizinischen Versorgung zu Gunsten Dritter entschieden ablehnt (vgl. <http://amp.zdf.de/nachrichten/politik/lauterbach-ex-post-triage-behandlungsabbruch-100.html>), und seit wann wurde im BMG an diesem im Tagesspiegel genannten Gesetzentwurf gearbeitet (bitte um Nennung des konkreten Datums sowie der zuständigen Abteilung)?

56. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen sieht die Bundesregierung in ihrem Entwurf für den Bundeshaushalt 2023 keine Mittel für den Aufbau eines Impfregisters vor, und wie gedenkt die Bundesregierung, ohne diese aus meiner Sicht elementare Vorbereitungsmaßnahme eine effektive Impfkampagne oder die Umsetzung einer wie auch immer konkret zu gestaltenden Impfpflicht im kommenden Herbst/Winter zu realisieren?
57. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen sieht die Bundesregierung in ihrem Entwurf für den Bundeshaushalt 2023 keine Mittel mehr für die Nationale Reserve Schutzausrüstung vor, so dass nach meiner Ansicht eine Bewirtschaftung und Pflege des Bestandes absehbar nicht vorgenommen werden kann, und aus welchen Gründen sind in diesem Zusammenhang für den Fortbestand der Maskenproduktion in Deutschland weder im Einzelplan des BMG noch des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz irgendwelche Haushaltsmittel vorgesehen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz**

58. Abgeordneter
**Norbert Maria
Altenkamp**
(CDU/CSU)
- Wann wird die Bundesregierung die angekündigte „Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie“ vorstellen, und welche Forschungsaspekte sollen dabei im Vordergrund stehen?

